

Kommunikations- und Medienethik

Medien- und Zivilgesellschaft

Kommunikations- und Medienethik

In dem Buch wird reflektiert, wie die Zivilgesellschaft als medienethisches Konzept interpretiert und angewendet werden kann. Konzeptionell-systematische Beiträge werden durch Texte ergänzt, die u.a. an dem Phänomen WikiLeaks dokumentieren, wie sich die Zivilgesellschaft durch den Medienwandel verändert hat. Weiterhin wird diskutiert, welche Bedingungen der öffentlichen Kommunikation vorausgesetzt werden müssen, um eine Grundlage für zivilgesellschaftliches Engagement bieten zu können. Schließlich wird auf zentrale Fragen der Medienregulierung ebenso eingegangen wie auf die konkreten Umsetzungsverfahren von medien- und zivilgesellschaftlichen Ansätzen in der konkreten Praxis.

Alexander Filipović | Michael Jäckel |
Christian Schicha (Hrsg.)

Medien- und Zivilgesellschaft

Filipović | Jäckel |
Schicha (Hrsg.)

BELTZ JUVENTA

www.juventa.de
ISBN 978-3-7799-3000-6
9 783779 930006

BELTZ JUVENTA

BELTZ JUVENTA

Alexander Filipović | Michael Jäckel | Christian Schicha (Hrsg.)
Medien- und Zivilgesellschaft

Kommunikations- und Medienethik

Herausgegeben von
Alexander Filipović, Christian Schicha und Ingrid Stapf

Alexander Filipović | Michael Jäckel |
Christian Schicha (Hrsg.)

Medien- und Zivilgesellschaft

BELTZ JUVENTA

Vorwort

Mit diesem Band dokumentieren wir die Ergebnisse der Tagung „Medien- und Zivilgesellschaft“, die vom 17.–18. Februar 2011 an der Hochschule für Philosophie in München stattgefunden hat. Beteiligt waren neben den Kolleginnen und Kollegen vom Netzwerk Medienethik und der Fachgruppe Kommunikations- und Medienethik der Deutschen Gesellschaft für Publizistik und Kommunikationswissenschaft (DGPuK) auch Kooperationspartner der Sektion Medien- und Kommunikationssoziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Diese Sektion hat die Publikation ebenso finanziell unterstützt wie die Deutsche Gesellschaft für Publizistik und Kommunikationswissenschaft (DGPuK) und das Institut für Informations- und Kommunikationsökologie e.V. (IKÖ).

Die bisherigen Jahrestagungen des Netzwerks Medienethik von 2006–2010 sind in der Zeitschrift für Kommunikationsökologie und Medienethik publiziert worden. Dort ging es um die Themenschwerpunkte Bildethik, Europäische Medienethiken, Ethische und normative Dimensionen der politischen Kommunikation, Web 2.0 sowie Ethik der Kommunikationsberufe.

Die nächste Jahrestagung findet im Februar 2012 mit der DGPuK-Fachgruppe „Computervermittelte Kommunikation“ zum Thema „Echtheit, Wahrheit, Ehrlichkeit: Die ethische Frage nach Authentizität in der computervermittelten Kommunikation“ statt. Es ist vorgesehen, die Ergebnisse ebenfalls in dieser Schriftenreihe zu dokumentieren.

Dieser Band ist der erste der Schriftenreihe „Kommunikations- und Medienethik“. Mit dieser Reihe beabsichtigen die Herausgeber, *Alexander Filipović*, *Christian Schicha* und *Ingrid Stapf*, dem erstarkenden medienethischen Diskurs einen adäquaten Publikationsort zur Verfügung zu stellen. Das vielfältige, in vielen Disziplinen beheimatete und hochgradig relevante medienethische Wissen soll damit dem Diskurs zur Verfügung gestellt werden und diesen befördern. Neben der Dokumentation der Jahrestagungen der DGPuK-Fachgruppe „Kommunikations- und Medienethik“, die gemeinsam mit dem „Netzwerk Medienethik“ durchgeführt werden, steht die Serie auch medienethischen (Qualifikations-)Arbeiten aus den Bereichen Kommunikations- und Medienwissenschaften, Soziologie, Philosophie und Theologie offen. Die Gestaltung und Entwicklung der Schriftenreihe werden in Abstimmung mit der Fachgruppe Kommunikations-

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

© 2012 Beltz Juventa · Weinheim und Basel
www.beltz.de · www.juventa.de

Druck und Bindung: Beltz Druckpartner GmbH & Co. KG, Hemsbach
Druck nach Typoskript
Printed in Germany

ISBN 978-3-7799-3000-6

und Medienethik der Deutschen Gesellschaft für Publizistik und Kommunikationswissenschaft (DGPK) und dem Netzwerk Medienethik vorgenommen.

Die Bearbeitung des Manuskripts ist wesentlich am Münsteraner Institut für Christliche Sozialwissenschaften (ICS) vorgenommen worden; hier geht der Dank für diese Möglichkeit an die Direktorin Marianne Heimbach-Steins. Christoph Holbein hat als studentische Hilfskraft das Manuskript mit großer Sorgfalt und Engagement vorbereitet. Ihm sind die Herausgeber zu besonderem Dank verpflichtet. Wir danken den Fachgruppen und dem Sprecher des Netzwerkes Medienethik, Rüdiger Funiok, für die Vorbereitung und Durchführung der Tagung. Schließlich danken wir den Autorinnen und Autoren für Ihre Kooperation. Herrn Engelhardt von *Beltz Juventa* danken wir für das Interesse am Band und seine verlegerische Betreuung.

Münster, Trier und Düsseldorf im Dezember 2011

Alexander Filipović, Michael Jäckel und Christian Schicha

Inhalt

<i>Alexander Filipović, Michael Jäckel, Christian Schicha</i> Einleitung: Medien- und Zivilgesellschaft.....	9
A Welche Zivilgesellschaft? Analyse der Zivilgesellschaft als medienethischer Kontext	
<i>Manfred Mai</i> Die organisierte Zivilgesellschaft und ihre Verantwortung für die Medien	22
<i>Michael Jäckel</i> Das richtende Publikum.....	39
<i>Friedrich Krotz</i> WikiLeaks, Flashmobs und Co.....	57
<i>Marian Adolf</i> Öffentlichkeit zwischen Idealisierung und Kritik.....	69
<i>Bernhard Debatin</i> Kernkompetenzen in der Zivilgesellschaft	84
<i>Larissa Krainer</i> Vom Konflikt zum Dialog.....	95
<i>Manuel Wendelin, Maria Löblich</i> Netzpolitik offline und online.....	106
<i>Christian Schicha</i> Öffentlichkeit, Transparenz und Informantenschutz	118
<i>Caja Thimm</i> WikiLeaks und die digitale Bürgerschaft	132
B Welche Medienethik? Medienethik unter zivilgesellschaftlichen Bedingungen	
<i>Claudia Paganini</i> Medienethik als Prinzipienethik	144
<i>Ingrid Stapf</i> Wahrheit als moralische Grundlage der Zivilgesellschaft	159

<i>Karsten Weber</i> Zivilgesellschaft und Medienethik: Eine unbegründete Hoffnung	179
<i>Anna-Maria Dittrich</i> Medienethische Bedingungen der Zivilgesellschaft	190
<i>Caja Thimm, Mark Dang-Anh, Jessica Einspänner</i> Mehr Zivilgesellschaft durch Social Media?	200

C Welche Regulierung und Kontrolle? Medienregulierung in der Zivilgesellschaft

<i>Horst Pöttker</i> Brauch – Sitte – Recht?	214
<i>Marlis Prinzing, Roger Blum</i> Medienkontrolle durch die Zivilgesellschaft	228
<i>Tobias Eberwein, Janis Brinkmann, Andreas Sträter</i> Zivilgesellschaftliche Medienregulierung	245

D Ethische Konstellationen im Themenfeld Medien- und Zivilgesellschaft

<i>Matthias Rath</i> Wider den Naturzustand	260
<i>Werner A. Meier, Pascal Zwicky</i> Macht und Ohnmacht der Zivilgesellschaft im Kontext der „Medien- und Journalismuskrise“	273
<i>Julia Serong</i> Public Value im Internet	286
<i>Thomas Zeilinger</i> Der Weg der Anschauung	299
<i>Carl Wilhelm Macke</i> Wider die Stille in der Welt	310
Autorinnen und Autoren	316

Alexander Filipović, Michael Jäckel, Christian Schicha

Einleitung: Medien- und Zivilgesellschaft

Die Antwort auf die Frage, in welcher Gesellschaft wir leben, ändert sich je nach Perspektive und Situation. Zwar sind Trends und Moden der Gesellschaftsanalyse und der gesellschaftlichen Selbstverständigung sicher nicht zufällig, aber in gewissem Maße kontingent. Wenn die Autorinnen und Autoren dieses Bandes die Frage nach der Medien- und Zivilgesellschaft in den Mittelpunkt stellen, dann werben sie nicht für die eine oder andere Sichtweise, sondern sie interessieren sich für die Probleme, die sich gesellschaftsethisch auf dem Feld der Medien, der öffentlichen Kommunikation und der Zivilgesellschaft stellen. Die Beiträge dieses Bandes nehmen sich vor, die Zivilgesellschaft medien- und kommunikationsethisch zu analysieren. Die Autorinnen und Autoren gehen dabei davon aus, dass sowohl *Mediengesellschaft* als auch *Zivilgesellschaft* Konzepte sind, die die Gesellschaft jeweils anhand einer spezifischen Frage analysieren wollen. Von *Medien- und Zivilgesellschaft* zu sprechen bedeutet dann, die Gesellschaft mit dem Konzept der Mediengesellschaft *und* mit dem Konzept der Zivilgesellschaft zu betrachten. Wir erhoffen uns mit dieser Fragestellung und dem ethischen Erkenntnisinteresse eine Klärung von aktuellen gesellschaftlichen Problemen in praktischer Absicht.

Die *Zivilgesellschaft* ist ein gesellschaftlicher Kernbereich neben Staat und Wirtschaft, der zugleich das Ideal eines umfassenden sozialen und kulturellen Engagements hervorhebt. Vor allem seit der Transformation osteuropäischer Staaten in den vergangenen 20 Jahren und im Kontext von Globalisierungsfragen wird diesem Bereich der Gesellschaft große Aufmerksamkeit zu Teil.

Die Bedeutung der Zivilgesellschaft für die Demokratie wird vielfach beschworen. In einem immer unübersichtlicheren Gelände global vernetzter Wirtschaft, internationaler Politik und nationalstaatlichen Gestaltungsbestrebungen liegen die Hoffnungen auf der Zivilgesellschaft als einem Bereich, der jenseits wirtschaftlicher und staatlicher Akteure die Herausforderungen menschlichen Zusammenlebens bewältigen kann. Die Hoffnungen auf eine gute und menschengerechte Entwicklung unserer Gemeinschaften, der Gesellschaften, gar unserer Welt, liegen dezidiert nicht auf dem Staat, der Staatengemeinschaft oder der Wirtschaft. Die Hoffnung auf eine auch in Zukunft lebenswerte Welt liegt auf der Gesamtheit der Vereinigungen

WikiLeaks und die digitale Bürgerschaft

Neue Optionen für die Zivilgesellschaft?

Abstract: In dem Beitrag wird die Debatte um digitale Öffentlichkeitskonstrukte anhand der Veröffentlichung der US-Depeschen durch WikiLeaks aufgearbeitet. Argumentiert wird, dass die Affäre um WikiLeaks auf mehreren Ebenen als Prüfstein für die Ethik digitaler Öffentlichkeiten anzusehen ist. In einer Kultur der politischen Debatte, die immer mehr von der Forderung der Bürgerschaft nach Mitsprache und Beteiligung an wichtigen politischen Projekten gekennzeichnet ist, erhält die Frage nach der Revidierung normierter Verfahren zur Öffentlichkeitskonstruktion neues Gewicht. Es wird argumentiert, dass die Politik die Mitglieder des Gemeinwesens zu wenig als Gestalter ihrer Lebenswelt und als aktive Zivilgesellschaft einbezieht und damit die Ressource „Engagement“ unbeachtet lässt. Durch die Aktivitäten von WikiLeaks muss nun eine neue Diskussion um die „totale“ und „regulierte“ Öffentlichkeit geführt werden. Digitale Öffentlichkeit, so das Argument, kann heute nicht allein durch die Freiheit der NutzerInnen bestimmt sein, sondern durch neues, netzverantwortliches und ethisches Handeln.

Einleitung

Wie nur wenige mediale Veränderungen hat die Netzkultur des partizipativen Web 2.0, das sich auch als „Social Media“ etabliert hat, die politische Kultur verändert. Es sind die „Producer“ (Bruns 2008), die vielen Millionen aktiven NetznutzerInnen, die Informationen sammeln, bewerten und weiter distribuieren. Ob dies im schnellen ad-hoc Medium Twitter, in sozialen Netzwerken wie Facebook, Google+ oder XING geschieht – die Beteiligungsbarrieren für Laien sinken und die Medien verlieren ihre Gatekeeper-Funktionen (Neuberger 2005, Meier 2007).

Seit dem Beginn der breiten Durchdringung des Internets durch partizipative Online-Technologien sind die vielgestaltigen Ausformungen des Web 2.0 (Blogs, Social Communities, Wikis, etc.) sowohl in Bezug auf private als auch auf institutionalisierte Kommunikation zu einer der Hauptantriebsfedern des Netzes geworden. Die steigenden und Generationen übergreifenden Nutzungszahlen von Web 2.0-Angeboten führen dazu, dass immer mehr Menschen immer mehr Dinge im Netz tun – unser Alltag wird zunehmend mediatisiert (Krotz 2007). Die jüngste ARD/ZDF-Onlinestudie 2010 stellt dazu fest, dass die Zuwachszahlen zwar auf Grund der Vergewärtigung zum Beispiel datenschutzrechtlicher Probleme im Web 2.0 weniger schnell wachsen als in den Vorjahren und es insgesamt zum Beginn einer Konsolidierungsphase gekommen ist, der steigende Trend aber

nach wie vor ungebrochen ist. Dies gilt vor allem für Videoportale, Wikipedia und Soziale Netzwerke. Nicht nur Bezug nehmend auf die informationstechnologischen Grundlagen des Web 2.0, definieren auch Alpar/Blaschke (2008: 5) das Web 2.0 als Ansammlung von Nutzergemeinschaften:

„Anwendungen und Dienste[...], die das World Wide Web als technische Plattform nutzen, auf der die Programme und die benutzergenerierten Inhalte zur Verfügung gestellt werden. Die gemeinsame Nutzung der Inhalte und gegenseitige Bezüge begründen Beziehungen zwischen den Benutzern.“

Diese Sichtweise betont, dass kollaborative Prozesse der Inhaltsgenerierung, des *User Generated Content*, dem definitorischen Kern des Web 2.0 zuzurechnen sind. In diesem Zusammenhang werden immer mehr Stimmen laut, die im Web 2.0 aufgrund genau dieser kollaborativen Strukturen auch Optionen auf neue zivilgesellschaftliche Beteiligungsformen sehen. Sei es über geteiltes Wissen wie in Wikipedia (Frost 2006), über digitale Sozialität durch die diversen sozialen Netzwerke des interpersonalen Austauschs (Anastasiadis/Thimm 2011) oder über die Sammlung geheimer Informationen und deren Publikation, wie es von einigen Leaking-Plattformen, allen voran WikiLeaks, praktiziert wird.

Diese mediengebundene Entwicklung wird von der Etablierung neuer Strukturen des sozialen und politischen Raums begleitet. Als zentral darf dabei die These des „digitalen Bürgers“ gelten (Thimm 2011), die davon ausgeht, dass sich der soziale und politische Austausch, sei er persönlich, beruflich oder politisch motiviert, zunehmend in der Netzwelt abspielt. Damit wird auch zivilgesellschaftliches Handeln Teil von Netzaktivitäten. Sieht man also das durch WikiLeaks etablierte und öffentlich symbolisch ausgehandelte Recht auf das „Leaken“ im Zusammenhang mit dem Konzept des digitalen Bürgers/der digitalen Bürgerin, so ist zunächst danach zu fragen, wie sich die Zusammenhänge zwischen der Netzwelt und dem traditionellen Verständnis von Zivilgesellschaft denkend erfassen lassen.

1. Elemente zivilgesellschaftlicher Organisation

Zivilgesellschaft lässt sich als ein *Gestaltungsprinzip der Gesellschaft* verstehen. Im Zentrum steht die Frage nach der Verteilung der Verantwortlichkeiten zwischen Staat und Markt auf der einen und Bürgern und Gesellschaft auf der anderen Seite. Nach Gellner (1995) ist Zivilgesellschaft ein Gegengewicht zu Staat und Markt. Während die Zivilgesellschaft den Staat nicht daran hindert, die hoheitliche Rolle als Friedensbewahrer und Ordnungsmacht zwischen konkurrierenden gesellschaftlichen Interessen einzunehmen, vermag sie den Staat dennoch davon abzuhalten, die Gesellschaft als Ganzes zu dominieren. Gleichzeitig verhindert die Zivilgesellschaft eine

Atomisierung der Gesellschaft durch Marktkräfte und eine Dominanz isolierter Einzelinteressen. Dabei sind die individuellen und kollektiven Akteure aufeinander angewiesen. Auch die Weiterentwicklung politischer Kultur durch politische Aktivitäten sowie zivilgesellschaftliches Engagement im sozialen Nahraum sind zentrale Kategorien eines westlichen Verständnisses von Zivilgesellschaft. So betrachtet stellt die Zivilgesellschaft „eine spezifische Verfasstheit von Gesellschaft in ihrem Verhältnis zum Staat“ (Adloff 2005: 15) dar.

Zivilgesellschaft ist jedoch kein normativ freier Raum, sondern bewegt sich vielmehr in seinen Inhalten und Ausdrucksformen, auch denen des Protests, entlang normativer Orientierungen. Zivilgesellschaftliche Akteure vertreten oft eine ganz eigene Version einer *guten* Gesellschaft, da in einer pluralistischen Gesellschaft die Definition dessen, was „gut“ ist, was also das Gemeinwohl und im Sinne aller ist, nicht mehr leicht zu definieren ist. Heute sind Werte relevant, wie sie auch im demokratischen Staatsverständnis verankert sind: Rechtsstaatlichkeit, Partizipation, Gerechtigkeit, Gewaltfreiheit, Toleranz, Nachhaltigkeit, usw. Das Normative der Zivilgesellschaft soll sich darüber hinaus jedoch auch darauf beziehen, *wie* diese Werte oder normativen Vorstellungen erreicht werden. Dazu gehört grundsätzlich eine Zivilisiertheit im Umgang miteinander, d.h. der Respekt, einander zuzuhören, in konstruktive Dialoge einzutreten, usw. Diese Zivilisiertheit der Interaktionen, die die Grundlage für die gewaltfreie Auseinandersetzung zwischen Staat und Zivilgesellschaft ist, impliziert jedoch die Anerkennung eines oft engen „codes of conduct“, der heute für die Netzwelt noch nicht etabliert ist. Das Grundprinzip des Leakens staatlicher Geheimnisse, wie von WikiLeaks in seiner Publikation der Depeschen provokativ praktiziert, ist daher sowohl für die Frage der Ausprägung von Zivilgesellschaft im Netz als auch für die Perspektive auf die Interaktionsformen dieser netzbasierten Zivilgesellschaft ein nicht nur symbolischer Prüfstein.

2. Netzöffentlichkeit und politische Partizipation

Zentrale Aspekte in der Debatte um die Rolle des Internets für die Politik sind Fragen des Zugangs im Kontext von Restriktionen des „digital divide“, neue Partizipationsmuster und das Selbstverständnis der Nutzer als „digitale Bürger“ mit dem Recht auf Öffentlichkeit und Teilhabe. Dazu werden vielfältige Plattformen des Web2.0 genutzt. Immer häufiger werden in sozialen Netzwerken z. B. von Unterstützern regimiekritischer Gefangener Informationen gepostet, um auf diese Weise Druck auf die Regierung auszuüben, wie es z. B. bei dem chinesischen Regimiekritiker Liu Xiaobo und dem Microbloggingdienst Sina Weibo Ende 2010 der Fall war, oder auch um in sogenannten „Safer Blogger Organisationen“ (z. B. Committee to Protect Bloggers, Electronic Frontier Foundation, Open Net Initiative) für deren Freilassung zu kämpfen. Die Macht der digitalen Koordinationsfähigkeiten

lässt sich auch an Beispielen ablesen, die erst im Verlauf des Geschehnisses politische Relevanz erhalten, wie im Fall der Plagiatsaffäre des ehemaligen deutschen Verteidigungsministers zu Guttenberg im Februar 2011. In dessen Doktorarbeit wurden durch die akribische Prüfung vieler Freiwilliger auf einem Wiki (<http://de.guttenplag.wikia.com>) zahlreiche nicht kenntlich gemachte Zitate nachgewiesen, wodurch zunächst im Social Web und daraufhin in der breiten Öffentlichkeit eine Kontroverse um die Glaubwürdigkeit des Ministers ausgelöst wurde, die letztlich in seinem Rücktritt endete. Der Erfolg dieser Aktivität führte zu einer Ausweitung der Recherchen auf die Dissertationen weiterer PolitikerInnen, die zum Entzug des Titels bei mehreren der Untersuchten führte (s. z. B. vroniplag.wikia.com).

Diese Beispiele verweisen darauf, dass sich über verschiedene Netzaktivitäten eine Kultur der *digitalen Bürgerschaft* entwickelt hat. Eine der zentralen Eigenschaften solcher digitaler Bürgerschaften ist ein neues Verhältnis in Bezug auf das Recht auf Öffentlichkeit. Das Recht auf Daten im Netz, seien es Informationen, Musikstücke oder Videos, gilt als Grundbaustein des Netzes – die Einschränkung dieser Zugriffsrechte wird massiv bekämpft und hat einer jungen politischen Netzpartei, den „Piraten“, sogar zu einem ersten parlamentarischen Erfolg verholfen. Ausgehend von den Entwicklungen des ersten Internetbooms hat sich dabei ein rechtsproblematischer Raum entwickelt, der durch eine „Gratis-Mentalität“ gekennzeichnet ist. Das, was im Netz steht, gilt als frei zugänglich und kostenfrei. Wissenszuwachs entsteht über die „wisdom of crowds“ (Surowiecki 2005), wird in Sekundenschnelle über Twitter oder Facebook in Echtzeit in der Welt publiziert und hier wiederum gewichtet und weiter verbreitet. Journalismus wird durch diese neue Kultur der Informationsdiffusion eitisches Handeln wird durch diese neue Kultur der Informationsdiffusion eitereits vielschichtiger, da Informationen zur Verfügung stehen, die neue Einblicke gewähren. Andererseits sind diese Informationen aus Sicht der Quellenlage unsicherer, häufig nicht einmal klar auf ihre Autoren zurückzuführen. Zudem erwächst dem etablierten journalistischen System durch „Bürgermedien“ neue Konkurrenz (Neuberger 2009).

3. Leakingkulturen

In dieser komplexen Gemengelage hat die Leaking Plattform WikiLeaks im November 2010 durch die Veröffentlichung tausender geheimer Depeschen aus US-Militärbeständen einen neuen Handlungskontext geschaffen und die „Leaking Kultur“ als Element des öffentlichen Diskurses ins Bewusstsein gerückt. WikiLeaks hatte bereits vor der Publikation der Depeschen geheime Daten veröffentlicht, die von ähnlicher politischer Tragweite waren. Besonders das Video eines US-amerikanischen Hubschrauberangriffs, das von Julian Assange, dem Gründer von WikiLeaks, mit „Collateral Murder“ betitelt wurde (Khatchadourian 2011), hatte gezeigt, auf welche Informationen WikiLeaks zurückzugreifen im Stande war. Das Neue der Depeschen be-

stand jedoch in der professionellen Vermarktung von geheimen Informationen durch fünf große international renommierte Medienmarken, die damit – und mit ihren der Veröffentlichung vorausgegangenen akribischen Prüfungen der Tatbestände – WikiLeaks implizit als Plattform anerkannt hatten. Diese Kooperation war sozusagen der journalistische Ritterschlag für WikiLeaks und verdeutlichte eine weitere Form der Folge von online-basierten Wegen der Informationsdistribution.

Zwar teilten und teilen die beteiligten Medienhäuser die Einstellung zum Recht auf totale Transparenz („right to total transparency“) der Gruppe um den WikiLeaks-Führer Assange nicht, zeigten aber über die weltweit erfolgten Publikationen in Kooperation mit der Leaking-Plattform ihre Akzeptanz der durch einen „Whistleblower“ geleakten Materialien. Grundlage der Kooperation zwischen insbesondere dem Guardian, der New York Times und dem Spiegel war die journalistisch motivierte Bewertung der Inhalte der Informationen als relevant für die Weltpolitik.

Über den Einzelfall hinausgehend ist damit ein neuer Begriff im öffentlichen Sprachgebrauch etabliert worden: das „leaking“ oder, bereits deutsch flektiert, das „Leaken“. Leaken lässt sich aus verschiedenen Sichtweisen beleuchten. Einerseits wird darunter die Analyse und Veröffentlichung von vormals vertraulichen oder geheimen Unterlagen verstanden. Hier ist, begründet durch die vor der Veröffentlichung erfolgte Prüfung der Informationen, eine journalistisch fundierte Quellenlage anzunehmen. Eine andere, sich zunehmend etablierende Form des Leakens ist jedoch die nicht oder nur kaum ausrecherchierte Form der Veröffentlichung, die als politisch motivierte Form einer totalen Transparenz kommuniziert wird.

Mit dem Web 2.0 und dem Selbstverständnis des Netzes als unzensurierbar verbinden sich kategorial andere Freiheitsansprüche in Bezug auf Informationen, die sich maßgeblich aus einem Misstrauen gegenüber dem etablierten Politikbetrieb speisen. Hier gelten politische Informationen als gesellschaftliche Güter, die Besitz der Allgemeinheit sind und daher unhinterfragbar auch der Öffentlichkeit gehören. Aus dieser Sicht ist der „Fall Wikileaks“ keineswegs als singuläres Ereignis zu sehen, sondern vielmehr als Symptom einer sich verändernden Öffentlichkeitskultur.

4. WikiLeaks als Whistleblower-Plattform

WikiLeaks versteht sich als Whistleblower-Plattform, als Anlaufstelle für Informanten, die im Internet auf Missstände hinweisen wollen, ohne mit persönlichen Konsequenzen rechnen zu müssen. WikiLeaks soll damit das individuelle Risiko minimieren, das in der Regel mit der Veröffentlichung geheimer Informationen verbunden ist. Das Selbstverständnis von WikiLeaks ist der Website leicht zu entnehmen und vielfältig und kontrovers

diskutiert worden (Assange 2006 a, b; Domscheit-Berg/Klopp 2011). Von Beginn an erwartete man einen Konflikt mit der Politik:

„Es ist ein Projekt zum massenhaften Veröffentlichen geleakter Dokumente, das jemanden mit Rückgrat braucht, der die Domain registriert. Wir erwarten, dass die Domain unter den üblichen politischen und rechtlichen Druck gerät“ (Assange in Rosenbach/Stark 2011: 55).

Der Name „WikiLeaks“ geht auf die Kombination des Begriffs *leak* für Leck/undichte Stelle, der auf die nicht für eine Veröffentlichung bestimmten Dokumente verweist, und die anfängliche Funktion der Website zurück, veröffentlichte Inhalte in einem Wiki kommentieren zu können. Ende Dezember 2006 erschien das erste Dokument auf *wikileaks.org* – ein internes Schreiben somalischer Islamisten. Im Herbst 2008 veröffentlichte WikiLeaks neben hunderter Dokumente der Cayman-Inseln- Niederlassung des Schweizer Bankhauses Julius Bär und der geheimen Bibeln von Scientology rund 1,2 Millionen Dokumente – mal mit mehr, mal mit weniger öffentlicher Aufmerksamkeit. Diese Leaks wurden zwar öffentlich in den Medien publiziert, jedoch ohne die von Assange angestrebte Aufmerksamkeit zu erhalten. Erst die Depeschen sollten den politischen Effekt auslösen, der zur weltweiten Debatte um das Recht auf Staatsgeheimnisse führen sollte.

Unter dem Namen *Cablegate* veröffentlichte WikiLeaks ab dem 28. November 2010 auf der Seite 213.251.145.96/cablegate.html 251.287 Depeschen aus dem diplomatischen Schriftverkehr der US-Regierung, darunter Lagemeldungen der 274 amerikanischen Botschaften in allen Teilen der Welt, interne Kommunikation, sowie Anweisungen des State Departments an diplomatische Außenposten in der ganzen Welt. Die Bezeichnung *Cablegate* entstand in Anlehnung an den Watergate-Skandal und greift mit dem Lexem „gate“ ein mit Skandalen assoziierten Begriff auf. Als Whistleblower der Depeschen gilt ein junger Soldat, Bradley Manning, der aus politischer Desillusionierung heraus einen Zugang zu den Dokumenten genutzt haben soll, um die Weltöffentlichkeit über die Aktivitäten der US-Regierung zu informieren. 15.652 der Dokumente sind mit dem Stempel *geheim* versehen, 101.748 als *vertraulich* eingestuft. Sie enthalten Informationen zu militärischen Plänen, ausländischen Regierungen, nachrichtendienstlichen Tätigkeiten und persönliche Kommentare, Einschätzungen und Meinungen von Botschaftern zu allen Themen ihres Wirkungsbereiches.

Das besondere an der Publikation der Depeschen war die enge Kooperation der Leaking-Plattform mit anerkannten Traditionsmedien. WikiLeaks er-möglichte führenden Medien der Welt eine vorherige Analyse und Auswertung der Dokumente. Beteiligt waren der britische *Guardian*, die französische *Le Monde*, die spanische *El Pais* und *Der Spiegel*. Nach einem Zerwürfnis mit der *New York Times* erhielt diese die Depeschen nicht mehr von WikiLeaks selbst, sondern über die Redaktion des *Guardian*, wie die

Darstellung des verantwortlichen New York Times Journalisten Bill Keller verdeutlicht (Star/Keller 2011). Die fünf beteiligten Medienhäuser veröffentlichten am selben Tag, allerdings durchaus mit nationalen Schwerpunkten, die Depeschen und erregten damit weltweit Aufmerksamkeit, ganz zu schweigen vom journalistischen und finanziellen Benefits für die Verlags-häuser.

Die Zusammenarbeit von WikiLeaks mit renommierten Medien des Print-sektors stellte eine ganz besondere Form der Kooperation dar, die auf einem bisher einzigartigen Zusammenschluss von alten und neuen Medien beruht. „Die meisten Menschen wollen Informationen nicht selbst auswerten, Wi-kiLeaks erreicht die breite Masse also nicht“ (Görig/Nord 2011: 100). Erst durch die journalistisch fundierten, recherchierten Aufarbeitungen und Kommentare der Releases in den Qualitätsmedien erreichten die Dokumen-te von WikiLeaks eine große Medienöffentlichkeit. Die Enthüllungen wer-den der Bürgerschaft erst durch die kompetente Erschließung der Kontexte und die Auswahl relevanter Informationen aus den zahlreichen Dokumen-ten von WikiLeaks durch die Medien verständlich. Aber durch Hintergrund-berichte in den renommierten internationalen Printmedien erhielt Wiki-Leaks nicht nur Aufmerksamkeit, der Webseite wird auch Glaubwürdigkeit, Brisanz und Wichtigkeit ihrer Informationen und damit Relevanz zugerech-net. Durch die Strategie der Beschränkung auf einige Top-Medien erreichte WikiLeaks eine gezielte Konzentration der Aufmerksamkeit der Medienöf-fentlichkeit auf diese Medien und ihre Berichterstattung über die Informati-onen.

Die Veröffentlichung der Botschaftsdepeschen löste den von Julian Assan-ge erwarteten Sturm gegen WikiLeaks aus. Insbesondere in der amerikani-schen Öffentlichkeit übertrafen sich Politiker beider Parteien mit teilweise martialischen Äußerungen gegenüber WikiLeaks oder der Person von Ass-ange selbst. Das Weiße Haus publizierte eine Erklärung, die die Veröffent-lichung der Depeschen als „reckless and dangerous“ brandmarkte und er-klärte, dass dadurch Leben gefährdet würden. Sowohl der Guardian als auch die New York Times mussten sich gegen massive Anschuldigungen aus der amerikanischen Öffentlichkeit verteidigen. Dabei war das Interesse der Weltöffentlichkeit überwältigend. Die Webseite des Guardian wurde von 9,4 Millionen Surfern innerhalb der erst zwei Wochen der Publikatio-nen aufgesucht, 43 % von diesen kamen aus den USA (Leigh/Harding 2011).

Neben teilweise extremen Reaktionen aus der Politik ist ein weiteres Phä-nomen im Zusammenhang mit der Frage nach zivilgesellschaftlichen Pro-zessen im Kontext von WikiLeaks relevant: die zur Verteidigung der Netz-freiheit durch Unterstützerguppen im Netz. In diesem Falle war das die für die Verteidigung von WikiLeaks auftretende Hackergruppe „Anonymous“, die durch ihre DDoS-Angriffe (*Distributed-Denial-of-Service*) auf Gegner

von WikiLeaks eine neue Form der Interaktion von digitaler Zivilgesell-schaft ausagierte. Schon wenige Stunden vor der Veröffentlichung der Do-kumente war WikiLeaks nach eigenen Angaben der Zugang zu den Servern versperrt worden, sodass die Plattform auf gemietete Server des *Amazon Web Services* ausweichen musste. Diese wurden aber nach wenigen Tagen laut Medienberichten aufgrund des öffentlichen Drucks gesperrt. Offiziell rechtfertigte Amazon die Kündigung mit dem Argument „It’s clear that WikiLeaks doesn’t own or otherwise control the rights to this classified content“ (Leigh/Harding 2011: 205). Diese befremdliche Erklärung – eine WikiLeaks-Plattform hat schon per Definition nur geheimes Material zur Ver-fügung – wurde scharf kritisiert. Die Kündigung der Serverkapazitäten wurde kurz darauf von der Schließung der Konten und der Blockierung der Kreditlinien bei Visa und Mastercard von WikiLeaks gefolgt. Es schien so, als habe die staatliche Einflussnahme über die Kontrolle der Informationen WikiLeaks aus der Öffentlichkeit verbannen können.

Genau an diesem Punkt wurde die Hackergruppe Anonymous aktiv. Sie in-szenierte eine nicht nur symbolische Auseinandersetzung um die mediale Präsenz von WikiLeaks. Angriffe gegen Visa und Master, massive DDoS, wurden öffentlichkeitswirksam eingesetzt. Diese Rettungsaktionen wurden ihrerseits wieder von Vertretern für mehr Onlinekontrolle beantwortet. In ihrem Manifesto schrieb Anonymous:

„We support the free flow of information. Anonymous is actively cam-paigning for this goal everywhere in all forms. Though we recognize that you may disagree, we believe that Anonymous is campaigning for you so that your voice may never be silenced“ (Anonymous Manifesto <http://talesfromthelou.wordpress.com/2011/03/15/the-anonymous-manifesto/>).

Es gibt nichts, was die Online-Gemeinde mehr zu Gegenmaßnahmen stimu-lieren kann als die Einschränkung der Informationsfreiheit. Die Redakteure des Guardian Leigh und Harding klassifizieren diese Auseinandersetzung dann auch als „the internet equivalent of a noisy political demonstration“ (Leigh/Harding 2011: 208). Diese Auseinandersetzung, die fast exklusiv im Netz und mit Mittel des Netzes geführt worden ist, ist ein erster Fall einer globalen Auseinandersetzung um die Werte und Normen des Netzes selbst – es dürfte nicht der letzte gewesen sein.

5. Netzfreiheit und totale Transparenz – ein ethisches Problem?

Die heftige, weltweit geführte Debatte um WikiLeaks inklusive der Skanda-lisierung seines Gründers und Betreibers Julian Assange, dreht sich vor al-lem um den Streitpunkt des Rechtes auf Öffentlichkeit.

Drei Grundbedenken stehen im Mittelpunkt der Diskussion:

- Die Dokumente sind von zweifelhaftem Wert, da sie keine neuen Informationen bereitstellen.
- Die Publikation gefährdet das Leben der Informanten – entweder direkt durch Aufdeckung ihrer Identität oder indirekt durch verschärfte Sicherheitsmaßnahmen in den betroffenen Ländern.
- Durch die Kooperation mit einer fragwürdigen Organisation wie WikiLeaks würden sich die anerkannten Newsmedien korrumpieren und ihre Unabhängigkeit verlieren.

Eine der zentralen Fragen, die der Fall der Depeschen aufgeworfen hat, ist die nach dem Recht des Staates auf Geheimnisse. Konkret ist zu fragen, inwieweit ein Staat das Recht auf Geheimniswahrung besitzt und somit die propagierte totale Öffentlichkeit auch als Systemdestabilisierung angesehen werden kann. In diesem Zusammenhang stellt sich in der Folge der Betrachtung von WikiLeaks auch die Frage nach neuen zivilgesellschaftlichen Auseinandersetzungsformen im Kontext einer sich verändernden Öffentlichkeit.

Der Anspruch, im Netz vollständige Öffentlichkeit herzustellen, hat hohen Symbolwert. Die Unterdrückung der Präsenz Einzelner oder ganzer Gruppen widerspricht dem grundlegenden Charakter der Unzensurbarkeit der Internetöffentlichkeit und wird von ihren Verfechtern daher auf allen Ebenen massiv verteidigt. Dahinter steht die Annahme, dass der Zugang zu Informationen und Wissen durch die neuen Netzwerke in einem Ausmaß demokratisiert worden ist, das noch vor wenigen Jahren undenkbar erschien. Damit erhalten die Kategorien „Information“ und die der „Transparenz“ als Elemente des politischen Diskurses eine neue Gewichtung.

Sieht man WikiLeaks in diesem Zusammenhang als Teil des „Transparenzdiskurses“, so wird nochmals deutlich, dass es nicht nur um die Plattform oder die Affäre der Depeschen geht. Vielmehr zeigt sich in der Selbstverständlichkeit der Ansprüche auf radikale Öffentlichkeit, die zunehmend Gehör finden, Indizien für eine „Dekonstruktion des Betriebssystems der politischen und ökonomischen Gemeinschaften“ (Kornblum 2011: 178). Zwar stehen die Mitglieder von extremen Gruppen wie Anonymous oder WikiLeaks sicherlich nicht für die aktuelle Mehrheitsmeinung, aber die vielen Millionen Sympathisanten, die sich von solch dramatischen Aktionen angezogen fühlen, verdeutlichen, wie radikal der Wandel im Denken ist.

In der Debatte um WikiLeaks werden herkömmliche Öffentlichkeitskonstrukte und -funktionen ganz grundsätzlich hinterfragt. Aber bisher hat diese Debatte nur einen Teil der Welt erreicht. Heute ist das Netz immer noch ein elitäres Medium: nur ein Teil der Menschheit hat Zugang und dieser Teil ist zudem durch höchst unterschiedliche digitale Kompetenzen ausdifferenziert. Von einer breiten und für alle gleichermaßen zugänglichen Platt-

form zur zivilgesellschaftlichen Partizipation und Option für Bürgerpartizipation ist also heute (noch) nicht auszugehen. Der Fall WikiLeaks hat jedoch besonders durch die weltweite Debatte um seine Ziele nachhaltige Auswirkungen. Star/Keller (2011) sehen die wichtigsten Folgen im politischen Diskurs mit der Öffentlichkeit: „If a project like this makes readers pay attention, think harder, understand more clearly what is being done in their name, then we have performed a public service“ (S. 19). In Bezug auf die Wirksamkeit kommen sie, bei aller Kritik, zu einem profunden Schluss:

„Wikileaks cables in which American diplomats recount the extravagant corruption of Tunisia's rulers helped fuel a popular uprising that overthrew the government“ (ebd.).

Es wird also auch in Zukunft zu diskutieren sein, wie viel Transparenz wir brauchen und wie viel Geheimnisse ein Staat beanspruchen kann.

Literatur

- Adloff, Frank (2005): *Zivilgesellschaft. Theorie und politische Praxis*. Frankfurt/Main: Campus-Verlag.
- Alpar, Paul / Blaschke, Steffen (2008) (Hg.): *Web 2.0 – Eine empirische Bestandsaufnahme*. Wiesbaden: Vieweg+Teubner.
- Anastasiadis, Mario / Thimm, Caja (2011) (Hg.): *Social Media: Zu Theorie und Praxis digitaler Sozialität*. Frankfurt/New York: Lang.
- ARD/ZDF Onlinestudie 2010: *Web 2.0: Nutzung steigt - Interesse an aktiver Teilhabe sinkt*. Online verfügbar unter: <http://www.ard-zdf-onlinestudie.de/index.php?id=20>.
- Assange, Julian (2006a): *State and Terrorist Conspiracies*. Online verfügbar unter: <http://iq.org/conspiracies.pdf>
- Assange, Julian (2006b): *Conspiracy as Governance*. Online verfügbar unter: <http://cryptome.org/0002/jaconspiracies.pdf>
- Bruns, Axel (2008): *Blogs, Wikipedia, Second Life and Beyond. From Production to Producers*. New York: Lang Verlag.
- Görig, Carsten / Nord, Kathrin (2011): *Julian Assange. Der Mann, der die Welt verändert*. München: Scorpio-Verlag.
- Domscheit-Berg, Daniel / Klopp, Tina (2011): *Inside Wikileaks. Meine Zeit bei der gefährlichsten Website der Welt*. Berlin: Econ.
- Frost, Ingo (2006): *Zivilgesellschaftliches Engagement in virtuellen Gemeinschaften: Eine systemwissenschaftliche Analyse des deutschsprachigen Wikipedia-Projekts*. München: Utz.
- Gellner, Ernest (1995): *Bedingungen der Freiheit: die Zivilgesellschaft und ihre Rivalen*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Khatchadourian, Raffi (2011): *Keine Geheimnisse. Julian Assanges Mission der totalen Transparenz. Porträt eines Getriebenen*. In: Geiselberger, Heinrich (Hg.): *Wikileaks und die Folgen – Netz – Medien – Politik*. Frankfurt: Suhrkamp, S. 11–46.

- Kornblum, John C. (2011): *Wikileaks und die Ära des radikalen Wandels*. In: Geiselberger, Heinrich (Hg.): *WikiLeaks und die Folgen: Die Hintergründe. Die Konsequenzen*. Berlin: Suhrkamp, S. 175–189.
- Krotz, Friedrich (2007): *Mediatisierung: Fallstudien zum Wandel von Kommunikation*. Wiesbaden: VS.
- Leigh, David / Harding, Luke (2011): *WikiLeaks: Inside Julian Assange's War on Secrecy*. London: Guardian Books.
- Meier, Klaus (2007): *Innovations in Central European Newsrooms*. In: *Journalism Practice* 1 (1), S. 4–19.
- Neuberger, Christoph (2005): Das Ende des „Gatekeeper“-Zeitalters. In: Lehmann, Kai / Schetsche, Michael (Hg.): *Die Google-Gesellschaft. Vom digitalen Wandel des Wissens*. Bielefeld: transcript, S. 205–212.
- Neuberger, Christoph (2009): *Internet, Journalismus und Öffentlichkeit. Analyse des Medienumbruchs*. In: Neuberger, Christoph / Nuernberg, Christian / Rischke, Melanie (Hg.): *Journalismus im Internet. Profession – Partizipation – Technisierung*. Wiesbaden: VS, S. 19–106.
- Rosenbach, Marcel / Stark, Holger (2011): *Staatsfeind WikiLeaks. Wie eine Gruppe von Netzaktivisten die mächtigsten Nationen der Welt herausfordert*. München: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Schulzki-Haddouti, Christiane (2011): *(Alp-)Traum Wikileaks*. In: *M – Menschen Machen Medien* 1-2 (2011), S. 8–10.
- Star, Alexander / Keller, Bill (2011): *Open Secrets: WikiLeaks, War and American Diplomacy*. New York: The New York Times Company.
- Surowiecki, James (2005): *The Wisdom of Crowds*. New York: Anchor Books.
- The New York Times Staff / Star, Alexander (2011): *Open Secrets: WikiLeaks War and American Diplomacy*. E-Book. <http://www.nytimes.com/opensecrets/> (Abfrage am: 2.11.2011).
- Thimm, Caja (2011): *Ökosystem Internet – Zur Theorie digitaler Sozialität*. In: Anastiadis, Marios / Thimm, Caja (Hg.): *Social Media: Theorie und Praxis digitaler Sozialität*. Frankfurt / New York: Lang, S. 16–35.

B Welche Medienethik? Medienethik unter zivilgesellschaftlichen Bedingungen